

Neue Medien und Informationstechnologien: Chance und Herausforderung für die Demokratie

Während viele die Veränderungen, die das Internet mit sich bringt, hauptsächlich in wirtschaftlichen Dimensionen sehen, betonen andere, dass es ebenso wichtige Änderungen in der politischen Organisation der Gesellschaft hervorbringen wird. In der Tat haben sich die politischen Webseiten in den letzten Jahren vervielfacht. Demokratie im Netz, durch das Netz und mit dem Netz. Die Folgen dieser neuen Technologie auf die politischen Systeme sind schwer vorherzusagen. Netze fangen auf, aber sie fangen auch ein. Schafft das WWW eine elektronische Demokratie, die die repräsentative Demokratie um direkte oder partizipative Elemente erweitert oder gar durch diese ersetzt? Oder bewegen wir uns in Richtung auf einen Überwachungsstaat Orwellscher Prägung?

Wenn wir einem Ökosystem eine bestimmte Spezies entnehmen oder hinzufügen, haben wir anschließend nicht dasselbe Umfeld plus/minus eben dieser Spezies. Wir erhalten einen ganz anderen Lebensraum, in dem sich die Bedingungen und Regeln des Lebens resp. Überlebens für alle Bewohner geändert haben.

In diesem Sinne ist die Frage nach der Demokratie und den Neuen Medien die Frage, ob und wie das Internet die politische Bühne verändert. Nicht, ob wir alte Politik mit einem neuen Spielzeug betreiben, sondern, ob wir eine neue, ganz andere Demokratie erhalten.

Sich informieren, sich engagieren, debattieren und wählen sind Akte politischen Handelns, zu deren Gelingen das Internet zweifellos eine Reihe von Potentialen bietet.¹

Es kann zunächst zu einer besseren Information der Bürger und zu einer höheren Transparenz der Staatsgewalt beitragen. Im Vergleich mit den bestehenden Informationsträger werden dem Internet gewöhnlich folgende Vorteile zugeschrieben: die Verringerung der Verteilungskosten und damit die Bereitstellung umfangreicher

Daten; die Diversifikation der Informationsquellen und die Möglichkeit, der Kontrolle politischer Autoritäten zu entgehen; den direkten Zugang zu den Informationsquellen, ohne auf den Eingriff sinntransformierender Medien angewiesen zu sein; die Möglichkeit der individuellen Recherche, zugeschnitten auf die Fragestellungen des jeweiligen Individuums. Diese Vorteile gelten jedoch nicht uneingeschränkt.

Die Demokratie ist nicht erst seit der Verbreitung des Internets eine mediale Veranstaltung. Unsere Politiker beurteilen wir danach, wie sie sich in Talk-Shows schlagen, den Interviews im Radio, den Zitaten aus der Zeitung. Auch das Internet ist ein Medium, und das sollte man im Auge behalten, wenn solche Begriffe wie „direkte“ oder „unmittelbare“ Information auftauchen. Ein Medium heißt - in verkürzter

Pessin, in: Le Monde



Lasswell Formel - hier werden Informationen von Menschen für Menschen in gewissen Absichten bereitgestellt. Hier wird selektiert, redigiert, interpretiert ...

Wer im Netz Informationen sucht, sollte drei Kriterien erfüllen: Er sollte die Orthographie beherrschen, die Syntax der Suchmaschinen, und er sollte letztlich wissen, was er sucht. Aber auch dann bleibt bisweilen nur die nüchterne Feststellung, wenig Brauchbares im Datenmeer gefunden zu haben.

Bringt uns Information und Transparenz dem demokratischen Ideal des aufgeklärten Staatsbürgers näher? Etwas. Das Wort „aufgeklärt“ hat in diesem Zusammenhang Konjunktur und verschleißt sich entsprechend. Mit Blick auf eine prominente Stelle bei Kant verlangt dieses Ideal indes mehr als Information. Es verlangt ethische Tugend, den Mut sich seines eigenen Verstandes zu bedienen und entsprechend zu handeln. Entsprechend ist sein Antipode nicht Desinformation, sondern „Faulheit und Feigheit“.²

Zu einer weiteren Funktion des Internet. Es könnte ganz wesentlich das gemeinschaftliche politische Handeln beleben. Zunächst, weil es die politische Mobilisierung vereinfacht. Vielfältige Foren und Suchmaschinen erlauben es den Individuen, die ein gemeinsames Interesse teilen, miteinander in Kontakt zu treten und sich als Gruppe zu konstituieren. Zweitens. Das Internet verringert die Kosten der Koordination, die gewöhnlich das politische Engagement der einzelnen bremsen. Die Mitglieder einer Vereinigung können schnell und ohne Ortswechsel eine Handlungsstrategie entwerfen. Aus demselben Grund könnte das Internet das Auftauchen neuer politischer und sozialer Gruppen begünstigen, die bis jetzt durch das Fehlen eines Kommunikationsapparates behindert waren. Letztlich gibt das Internet dem gesellschaftlichen Handeln eine größere Wirksamkeit. Es erlaubt den politischen Kräften und Interessengruppen mit ihren Programmen und Forderungen auf die öffentliche Meinung oder die Volksvertreter einzuwirken, ohne auf weitere mediale Filter angewiesen zu sein. Darüber hinaus kann man hof-

fen, dass das Internet zu einer demokratischeren inneren Verfasstheit politischer Institutionen beiträgt, einen konstanten Dialog zwischen Vorsitzenden und Mitgliedern installiert und so zu einer höheren Wirksamkeit von Vereinigungen und politischen Parteien führt.

„Glückliches Luxemburg“ möchte man an der Stelle sagen. Parteien anderer Länder haben hier durchaus ein Problem. In der Parteienlandschaft Deutschlands z.B. ist seit den 70er Jahren die Tendenz zu beobachten, dass die politische Willensbildung innerhalb der Gliederungen von unten nach oben, vom Mitglied über den Ortsverein, die Kreisverbände und Landesverbände bis hin zum Bundesparteitag immer weniger funktioniert. Innerparteiliche Willensbildung geschieht heute eher von oben nach unten, und die Mitglieder kennen ihre Vorsitzenden eher über die Medien als über parteiinterne Informationssysteme.³

**Das Internet könnte das
Auftauchen neuer politischer
und sozialer Gruppen
begünstigen, die bis jetzt
durch das Fehlen eines
Kommunikationsapparates
behindert waren.**

Das Internet kann sich auch als ein Ort der Debatte installieren. Es hat den Vorteil, ein offenes Forum zu sein, offen für alle Meinungen, auch die, die im öffentlichen Raum sonst wenig Beachtung finden und von den politischen Kräften und den Medien vernachlässigt werden. Das in diesem Zusammenhang oft genötigte Vorbild der athenische *agora*, dem Marktplatz, auf dem die Bürger debattierend zusammenkamen, scheint hingegen wenig geeignet, die Idee zu exemplifizieren oder, was mit derartigen Anleihen oft intendiert wird, mit einer Aura ursprünglicher Wahrhaftigkeit zu umgeben. In zwei Punkten ist die *agora* mit unserem Demokratieverständnis unverträglich: Sie kennt nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Bürger, an den Debatten teilzunehmen, und für Frauen heißt es: „Nicht erwünscht“.

Zurück zum Internet. Es scheint auch geeignet, den Dialog zwischen Regierenden und Regierten zu bereichern. Newsletter, E-mail, Chats mit Politikern. Gerade letzteres ist ein probates Mittel, gerade die Jugend an die Politik zu führen, die es „cool“ findet, „ihrem“ Politiker in „ihrem“ Medium zu begegnen. Webseiten können gestaltet werden, um Meinungen und Vorschläge zu städtischen Projekten oder Ratsbeschlüssen zu sammeln und auszuwerten.

Auf lange Sicht kann man sich auch ein System elektronischer Wahlen vorstellen, mit dessen Hilfe die Bürger direkte Entscheidungen treffen können. Die Beispiele sind noch rar gesät. Denkbar ist, dass sich solch eine Praxis zunächst in überschaubaren Kreisen und Themen etabliert, bei Betriebsratswahlen oder Referenden, und sich dann im Zuge steigender Erfahrung und steigenden Vertrauens auf komplexere Kreise politischer Konstitution ausweitet. Der Fortgang solch einer Praxis wird entscheidend auch davon abhängen, ob der Widerspruch zwischen eindeutiger Identifikation und Anonymität des Wählenden auf technischem Wege zweifelsfrei gesichert werden kann.

Bisher war von Potentialen die Rede. Das unterstreicht, dass es sich hier um Möglichkeiten handelt, die sich nicht notwendig realisieren müssen. Es gibt Widerstände, Blockaden, Zögern. Auch die technischen Probleme sollten nicht vergessen werden.

Zum Indikativ. Unzählige Institutionen und politische Organisationen haben sich seit der Etablierung des Netzes seiner bedient, um sich auf Webseiten zu präsentieren.

Viele Kommunen verstehen ihren Web-Auftritt lediglich als alternatives Marketinginstrument. Sie beinhalten Informationen, die sich eher an ein externes Publikum wie Touristen oder Unternehmen wenden.

Im Hinblick auf die oben genannten politischen Dimension lassen sich bei allen Unterschieden der Auftritte drei gemeinsame Anwendungstypen finden: Informationen zum Funktionieren der Gemeinden, von den Öffnungszeiten der Schwimmbäder über Profile

der Mitglieder des Gemeinderates bis hin zu Rechenschaftsberichten und Informationen über lokale Projekte; Dienstleistungen der Verwaltung, die es erlauben über das Internet Formulare zu erhalten oder Anträge zu stellen; Kommunikationsdienste zwischen Volksvertretern und Bürgern, Diskussionsforen zu lokalen Projekten oder sogar elektronische Referenden.

Die klassischen Applikationen, bei denen es lediglich darum geht, bereits schriftlich vorliegende Informationen oder Formulare ins Netz zu stellen, funktionieren relativ einfach. Die Stadt Luxemburg hat schon früh damit begonnen, ein Handbuch mit den Informationen über die Dienstleistungen der Stadt in seiner Homepage einzubinden, hat dann im nächsten Schritt diese Informationen um kulturelle Angebote und Protokolle resp. Tagesordnungen der öffentlichen Sitzungen erweitert und Formulare zum Ausdrucken bereitgestellt. Weiter ist man noch nicht. Wenn es z. B. darum geht, dass eine Bürgerin der Stadt ihren Ausweis beantragen möchte, muss die Stadtverwaltung sehen können, dass diese Bürgerin dazu berechtigt ist, sie sich eindeutig autorisieren und identifizieren kann. Mit den Unterschriften, wie sie im e-commerce oder im Bankwesen gebräuchlich sind, ist das Problem nach Ansicht der Stadt noch nicht zufriedenstellend gelöst. Bevor man also in Luxemburg ins letzte Stadium, das virtuelle Bürgeramt, eintritt, wird man noch warten müssen. In den letzten zwei Jahren hat die Stadt etwa 70 Vorgänge zwischen Bürger und Stadt definiert, die sich lohnen würden, in diesem Bürgeramt anzusiedeln. Damit diese Prozeduren aber sinnvoll verwaltet werden können, muss zunächst das Back-Office von Ingenieurshand weitgehend neu gestaltet werden. Auch aus diesem Grund wird bis zum virtuellen Bürgeramt noch ein wenig Zeit ins Land gehen.

Alle luxemburgischen Parteien, die in der Regierung oder im Parlament vertreten sind, haben mittlerweile einen Netzauftritt. Klassische Applikationen auch hier: Informationen zur Partei, ihrer Organisation, ihrer Geschichte und der Führungsriege, Informationen zu Veranstaltungen und Versammlungen – hier bietet sich bisweilen auch die

Möglichkeit, einen Newsletter zu abonnieren -, Informationen zu den Parteivertretern in den Gemeinden. Wir finden eine Möglichkeit der Kontaktaufnahme – manchmal persönlich, manchmal nur zur Partei allgemein -,

Auf lange Sicht könnte das Internet Wahlkampagnen von Grund auf ändern, indem es eine größere Gleichheit der Kandidaten herstellt, die nicht mehr über riesige Budgets und Anhängerzahlen verfügen müssen, um ihre Programme den Wählern bekannt zu machen.

können Ideen, Kritik und Fragen mit einem Klick versenden. Letztlich befinden wir uns auch unvermittelt auf einem Formular, das uns, ausgefüllt und weggeklickt, zu Mitgliedern werden lässt. Ein höherer Grad an Interaktivität, ein Online-Diskussionsforum, findet sich allerdings bei nur einer Partei.

Eine interessante Entwicklung, ein verstärkter Rückgriff auf das Netz, konnte man in den USA im Zusammenhang mit Wahlkampagnen beobachten. Etwa die omnipräsente elektronische Propaganda bei den amerikanischen Vorwahlen zum Präsidentschaftsamt

dieses Jahr. Die Wähler konnten Stunde um Stunde den Aktivitäten ihrer Kandidaten folgen und ihre Reden studieren. Auf lange Sicht könnte das Internet Wahlkampagnen von Grund auf ändern, indem es eine größere Gleichheit der Kandidaten herstellt, die nicht mehr über riesige Budgets und Anhängerzahlen verfügen müssen, um ihre Programme den Wählern bekannt zu machen.

Im Gegensatz zu den eher verhaltenen Anstrengungen der politischen Parteien haben sich andere intermediäre Organisationen, z.B. NGOs, mit Enthusiasmus auf das Netz gestürzt. Ihnen erschließt das Netz ein Werkzeug der direkten Kommunikation, das ihnen erlaubt Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen, ohne um die knappe Gunst der klassischen Medien buhlen zu müssen.

Das Internet scheint dasjenige Kommunikationssystem zu sein, das am besten geeignet ist für das, was man weithin mit Globalisierung bezeichnet. Die Weltkonzerne sind die Schrittmacher dieser Entwicklung. Andere laufen hinterher: Kartellwächter, Politiker, Umweltgruppen und Gewerkschaften. Damit der Abstand nicht zu groß wird, ist der Rückgriff auf das Netz unerlässlich. Es erlaubt Gruppen verschiedenster Länder, ihre Aktionen so zu koordinieren, dass ihre Stimme hörbar bleibt im Konzert der transnational

Pessin, in: Le Monde



agierenden Wirtschaftsunternehmen. Auf lange Sicht, so die optimistische These, könnte das Internet so das Entstehen eines öffentlichen Raumes begünstigen, der nationale Grenzen überschreitet und die Bildung einer internationalen Zivilgesellschaft ermöglicht.

Um zu unserer anfangs gestellten Frage zurückzukommen. Haben die genannten Potentiale und Anwendungen des Internet eine neue Art des Politikmachens geboren? Kaum. Sein Gebrauch ist im allgemeinen lediglich eine elektronischen Umsetzung bestehender traditioneller Modi des politischen Handelns. Das WWW ist im Chor der verfügbaren Kommunikationsmittel lediglich ein zusätzliches Werkzeug neben den bekannten Wegen, dem Plakat, dem Fax etc. Bequemer zwar, schneller und leistungsfähiger, aber es ändert die Natur der politischen Praxis nicht von Grund auf.

Fragen wir nach den Grenzen der e-Demokratie. Zunächst: Wer darf mitspielen? Wenn wir hoffen können, dass das Internet auf lange Sicht das zivile und politische Engagement steigern könnte, müssen wir eingestehen, dass zur Zeit lediglich eine Minderheit der Bevölkerung das Internet nutzt, gekennzeichnet durch ein gewisses Bildungs- und auch Einkommensniveau. Politische Programme (Schulen ans Netz, Öffentliche Terminals, Bildungsangebote), der Preiskampf der Provider und Hersteller von Rechnern werden dieses Bild schnell ändern. Dennoch ist das Problem nicht nur finanzieller und materieller Art. Es ist mehr als zweifelhaft, ob das Internet ein taugliches Mittel zur Verbesserung der Demokratie ist, solange ein nicht geringer Teil der Bevölkerung fundamentale Kulturtechniken nicht oder schlecht beherrscht. Nach vorsichtigen Schätzungen verlässt etwa 1% der jungen Menschen heute das luxemburgische Schulsystem mit großen Lese- und Schreibschwächen.⁴ Erschreckender sind Zahlen, die die OECD in einer jüngst erschienenen Studie bekanntgab. Demnach bewegt sich ein Viertel aller Erwachsenen in den 20 untersuchten OECD-Ländern und -Regionen (Luxemburg ist nicht darunter) auf einem literarischen Niveau, dass den

komplexen Anforderungen der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft nicht gewachsen ist.⁵ Diese Zahlen zeichnen ein Bild, das alles andere ist als das, was das Schlagwort Wissens- oder Informationsgesellschaft suggeriert.

**Es ist mehr als zweifelhaft,
ob das Internet ein taugliches
Mittel zur Verbesserung der
Demokratie ist, solange ein nicht
geringer Teil der Bevölkerung
fundamentale Kulturtechniken
nicht oder schlecht beherrscht.**

Eine andere Frage, die das Nahen einer elektronischen Demokratie aufwirft, ist der Schutz der Privatsphäre der Bürger. Diverse technische Einrichtungen wie *cookies* (Programme, die auf den Rechner des Nutzers – teilweise ohne deren Wissen – geschickt werden und dem Absender Informationen über die Site-Bewegungen zurückmelden) erlauben es, eine Anzahl von persönlichen Daten über den Nutzer zu erhalten. Ihr Gebrauch ist trotz des Einwände von Datenschützern noch nicht gesetzlich geregelt. Cookies werden im wesentlichen in kommerzieller Absicht eingesetzt, um Nutzerprofile im Internet zu zeichnen, aber sie lassen ebenso Raum für politische Ausrutscher, indem diese cookies über die besuchten Sites Aufschluss über die politische Gesinnung des Nutzers geben könnten.

Wie so etwas aussehen kann, wird einem z.B. beim Besuch der Seiten der Commission nationale de l'informatique et des libertés vor Augen geführt (www.CNIL.fr): zunächst erfahre ich dort meine Netzadresse, mein Betriebssystem und den verwendeten Browser, dann sagt man mir, wie oft ich die Seite schon besucht habe, und letztlich erfahre ich, wie ich mich auf den Seiten des CNIL bewegt habe. Der Laie staunt. Woher weiß der das? Und schlimmer: Was weiß der noch?

Cookies sind das eine. Daneben fleuchen andere Tierscharen durchs Netz, die, so lehrt die jüngste Geschichte, nicht immer das beste wollen. Wer jüngst die scheinbar harmlose Textdatei ILOVEYOU oder eine ihrer Varianten öffnete, setzte sich damit ein weni-

ger hamloses Script, eine kompakte Kombination aus Virus, Wurm und trojanischen Pferd, auf seinen Rechner. Insbesondere letztgenanntes Programm ist aus Datenschutzgründen überaus interessant. Der Vierbeiner schleicht sich unter unverdächtigem Namen in das System ein, protokolliert Aktionen und Eingaben des Anwenders mit und übersendet diese Daten dann nach außen. Im Falle des ILOVEYOU schickte er sämtliche Passworteingaben, alle Einstellungen des Internet Connection Wizard von Microsoft sowie alle Internetadressen interner Server an eine Adresse auf den Philippinen.

Anstatt also Regierungen den Bürgern transparenter zu machen, wäre das Internet so ein vorzügliches Instrument der Spionage, mit dem die Bürger den Regierungen transparent würden und das Geburtshilfe für einen Überwachungsstaat geben könnten.

Indem es die Freiheit des Wortes begünstigt, gibt das Internet auch Gerüchten, Falschmeldungen und Diffamierungen Raum. Es kann von demokratiefeindlichen Organisationen genutzt werden, um ihre rassistischen und nazistischen Gedanken zu verbreiten. Zwischen den USA und Europa herrschen hier verschiedene Standards. Grenzen, die das Internet aufhebt. Auch gezielte Manipulation und Desinformation ist nicht auszuschließen, z.B. dadurch, dass Webseiten nachgeahmt werden.

Beunruhigend ist es zudem, die Demokratie einer Technik auszuliefern, deren Anfälligkeit jedem Nutzer mittlerweile offenkundig sein muss. Wer möchte sich schon gerne in ein Auto setzen, das in manchen Linkskurven unvermittelt liegen bleibt, selbständig aus Parklücken rollt oder ohne mein Zutun eine Vollbremsung hinlegt. Auf der Datenautobahn hingegen leisten wir uns eine vergleichbare Blindheit und Fahrlässigkeit. ILOVEYOU verursachte letztlich keinen großen volkswirtschaftlichen Schaden, zumindest im vorgewarnten Europa, aber er demonstrierte die Macht und die Möglichkeiten der Programmierer.

Welche Konsequenzen zeitigt das Internet auf lange Sicht für die politischen Systeme?

Drei Hypothesen:

Zunächst könnte man vermuten, dass wir mit dem Internet eine Antwort auf die Krise unserer repräsentativen Demokratie erhalten. Diese Krise manifestiert sich z.B. in Deutschland seit den 70er Jahren in der Abnahme der Wahlbeteiligung, einem Mitgliederschwund bei den großen Parteien und einem wachsenden Misstrauen der Bürger gegenüber den gewählten Vertretern.⁶ Die elektronischen Netze würden es erlauben, die Prinzipien und Mechanismen der repräsentativen Politik im Sinne einer direkten Demokratie zu transformieren. Sie könnten dazu beitragen, bestehende politische Institutionen und Organisationen zu umgehen und ein neues Verständnis von Bürgertum zu etablieren, ein Bürgertum, das sich auch durch andere Initiativen für das Gemeinwesen engagiert (Bürgerkonferenzen, Stadtteilkomitees, Referenden) und die Demokratie mehr im Alltäglichen und Lokalen verwurzelt.

Solch eine Vision tendiert allerdings dahin, das politische Interesse der Bürger bisweilen zu überschätzen. Es fußt auf dem Bild des guten Bürgers, der sich intensiv informiert und regelmäßig an Debatten teilnimmt. Untersuchungen haben jedoch gezeigt, dass in den meisten Ländern nur eine Minderheit von 10%-15% der erwachsenen Bevölkerung aktiv am politischen Leben teilnimmt, während die Mehrheit mit einem repräsentativen System zufrieden ist, das die Leitung der Staatsgeschäfte an gewählte Vertreter delegiert.

Ein völliger Bruch mit der repräsentativen Demokratie könnte ebenso beunruhigen. Sie könnte dahin führen, dass die Bürger angehalten würden andauernd und über alle möglichen Themen und Probleme abzustimmen, ohne ausreichend Zeit und gebührenden Abstand, um so geeigneter Spielball für „Sage-es-in-einem-Satz-Populisten“ oder Demagogen zu werden.

Solche Perspektiven nötigen eine kuze Reflexion darüber, wie denn eine Gesellschaft ohne Mediatoren aussähe. Volksvertreter, Parteien und Verbände, Medien schöpfen nicht immer aus den Tiefen der Bevölkerung, aber sie spielen eine wertvolle soziale Rolle:

Zusammenführen und Ordnen partikularer Interessen, Vertreten von Forderungen, die die isolierten Individuen nicht formulieren können oder wollen, letztlich ihre kritische Funktion.

Damit kommen wir zu der zweiten Hypothese. Die genannten Elemente bestärken die Argumente derjenigen, die die repräsentative Demokratie zwar als eine unvollkommene aber unüberschreitbare Staatsform halten. Das Internet könnte bestenfalls einige

**Es scheint irrig zu glauben,
unsere ernstesten Probleme
harrten nur einer geeigneten
technischen Lösung, die irgend
etwas mit dem schnellen
Zugriff auf Informationen
zu tun hätte.**

Unzulänglichkeiten korrigieren, indem es ihre partizipative Dimension erweitert, ohne an ihren Fundamente zu rühren.

Die dritte Hypothese schließlich besagt, dass die staatsbürgerliche Dimension des Internet lediglich als Alibi einer rasanten Ausweitung seiner kommerziellen Dimension dienen würde. Der Internetbürger wäre eine kosmetische Operation. Er würde illusorische Freiheitsräume eröffnen, nichts an bestehenden Machtstrukturen ändern, wohl aber den Wandel zu einer reinen Waren- und Gütergesellschaft befördern.

Die neuesten Entwicklung des Internet aber nehmen etwas von diesem Pessimismus. Das Internet bleibt ein ambivalentes Instrument, das sowohl einen elektronischen Basar hervorbringen als auch neuen politischen Praktiken den Weg ebnen kann, mit dem die Bürger die Gestaltung ihres Gemeinwesens wieder ein wenig mehr in die Hand nehmen können.

Letztlich mag eine Prise technologische Bescheidenheit gut zu Gesicht stehen. Es scheint irrig zu glauben, unsere ernstesten Probleme harrten nur einer geeigneten technischen Lösung, die irgend etwas mit dem schnellen Zugriff auf Informationen zu tun hätte. Technik, was der Technik ist. Vielleicht löst das Internet die technischen Probleme der Demokratie, vielleicht auch die, die es selbst generiert. Es wird sich vermutlich zeigen, um es mit einem Wort von Ludwig Wittgenstein zu sagen, „wie wenig damit getan ist, dass diese Probleme gelöst sind.“⁷

Berndt Werner, Inter-Actions

¹ Die hier vorgetragenen Thesen erheben nicht in jeder Zeile den Anspruch auf Originalität. Sie verdanken sich in Teilen den verschiedenen Beiträgen, die anlässlich des von Inter-Actions veranstalteten Kolloquiums „Du réel au virtuel?“ vorgetragen wurden, insbesondere dem Referat von Thierry Vedel/Paris und den vertiefenden und illustrierenden Gedanken der Teilnehmer an der anschließenden Debatte: Paul Helminger/Luxembourg, André Hoffmann/Esch s. Alzette, Romain Kohn/Luxembourg sowie Lothar Christ/Losheim und Christiane Horsch/Trier.

² Immanuel Kant: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? Königsberg, Berlin 1784, in: Immanuel Kant: Werke in 10 Bänden, Bd. IX. Hrsg. von Wilhelm Weischedel. Darmstadt 1983, S. 53.

³ Vgl. Albrecht Müller: Von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie. Opladen 1999, S. 66 ff.

⁴ Vgl. Erny Plein/Dominique Sadri-Faure: Les personnes illettrées autour de nous? In: tagesblatt Nr. 122, 26. Mai 2000.

⁵ Vgl. Literacy in the Age of Information. Final Report of the International Adult Literacy Survey. OECD, Paris 2000. Die wichtigsten Ergebnisse der Studie wurden am 14. Juni in einer Pressekonferenz vorgestellt. Nachzulesen unter: www.oecd.org/media/release/martinremarks14june2000.htm

⁶ Vgl. Albrecht Müller, a.a.O., S. 65.

⁷ Aus der Vorrede zu seinem Tractatus logico-philosophicus, Wien 1918, in: Ludwig Wittgenstein: Werk-ausgabe Bd. I. Frankfurt 1986, S. 10.

